

Stiftung Liebenau



Stiftung Liebenau

Inklusion als Leitdimension für das Bildungswesen

Die Position der Stiftung Liebenau

Inklusion als Leitdimension für das Bildungswesen

Die Position der Stiftung Liebenau

Einführung

Im März 2009 hat Deutschland das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Die Konvention konkretisiert vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher Lebenslagen behinderter Menschen die universalen Menschenrechte und präzisiert die mit diesen universalen Rechten korrespondierenden staatlichen Verpflichtungen. Durch die Ratifizierung hat dieses Übereinkommen nicht nur einen empfehlenden, sondern einen durchaus verbindlichen Rechtscharakter.

Dementsprechend deutlich formuliert der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe auf seiner Homepage: „Inklusion bedeutet, dass allen Menschen von Anfang an in allen gesellschaftlichen Bereichen eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe möglich ist. Dementsprechend leben, arbeiten und lernen Menschen mit Behinderungen nicht in Sondereinrichtungen. Nicht der Mensch mit Behinderung passt sich an, sondern die Gemeinschaft sorgt dafür, dass ihre Angebote für alle zugänglich sind.“

Damit ist nicht nur, aber in besonderer Weise das Bildungssystem vor neue Herausforderungen gestellt. In einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.11.2010 heißt es: „Ziel ist der Ausbau des gemeinsamen Lernens von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung. Zentrales Anliegen der Behindertenrechtskonvention in der Bildung ist die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem und damit auch das gemeinsame zielgleiche oder zieldifferente Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen (vgl. Art. 24 Abs. 1 VN-BRK) in der allgemeinen Schule. Eine solche inklusive Bildung ist ein ständiger Prozess, der hochwertige Bildung für alle gewährleisten soll. Gruppen, in denen Vielfalt anerkannt und wertgeschätzt wird, bieten Chancen für alle Kinder, ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln. Die Länder stellen sich ausdrücklich diesen Herausforderungen und dem damit verbundenen pädagogischen Perspektivwechsel bezogen auf Kinder mit Behinderungen.“¹⁾

Die neue Baden-Württembergische Landesregierung schreibt in ihrem Koalitionsvertrag „Die Schulen erhalten die für die Inklusion notwendige personelle, räumliche und sächliche Ausstattung.“

„Inklusion bedeutet, dass allen Menschen von Anfang an in allen gesellschaftlichen Bereichen eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe möglich ist.“

Hubert Hüppe, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

¹⁾ Ellger-Rüttgadt, S., Vortrag anlässlich der Nationalen Konferenz zu Artikel 24 des VN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen am 6.5.2009 in Berlin, S. 5 DV 05/11 AF IV vom 23. März 2011, S. 5

Die fachlich-organisatorische Herausforderung

Behinderung ist also nach heutigem Verständnis kein individuelles Merkmal einer Person, sondern Resultat einer Nichtanpassung der Umwelt an spezifische funktionale individuelle Beeinträchtigungen. „Behindert ist man nicht, behindert wird man.“

Inklusion kann folglich nicht heißen, jeden Menschen gleich zu behandeln, sondern ist im Gegenteil der respektvolle Umgang mit menschlicher Individualität, weil alle Menschen zwar frei und gleich an Würde und Rechten, aber mit unterschiedlichen individuellen und sozialen Voraussetzungen geboren werden.

Der Staat muss daher zur Wahrung der Würde und Rechte jedes Einzelnen kompensatorisch eingreifen, um trotz unterschiedlicher individueller Voraussetzungen eine gerechte Verteilung von Zugangs- und Lebenschancen für Jede und Jeden sicher zu stellen.

Sonderpädagogik und Sozialpädagogik waren und sind in diesem Sinne ein Reflex und eine fachliche Antwort auf die unterschiedlichen individuellen und sozialen Voraussetzungen, mit denen junge Menschen beim Start ins Leben ausgestattet sind. Es geht ihnen um die Herstellung von Bedingungen, die die Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse eines jungen Menschen im Kontext spezifischer sozialer oder individueller Beeinträchtigungen ermöglichen. Sie stehen damit nicht im Widerspruch zu Inklusion, sondern sind im Gegenteil deren Voraussetzung.

Richtig ist, dass die organisatorische Konzentration auf eine Zielgruppe, verstärkt durch baulich separate Lösungen in diesem Sinne fragwürdig ist, weil sie das Problem an einer Zielgruppe festzumachen scheint, statt Ausgrenzungsprozesse zu verstehen, um nachhaltige Lernprozesse von Personen und Organisationen initiieren zu können. Gleichzeitig entspricht es nicht der Lebenswirklichkeit, Behinderung nur als Nichtanpassungsleistung der Umwelt an die Funktionsbeeinträchtigung einer Person zu verstehen.

Da das Bildungssystem ein wesentlicher Bestandteil der komplexen Lebenslage junger Menschen ist, wenn auch nicht der alleinige, wird es zum zentralen Handlungsfeld in dieser Frage.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Entwicklung des Sonderschulwesens insbesondere für die Kinder mit einer geistigen, einer körperlichen oder einer Sinnes- und mit einer Lernbehinderung als gewaltiger Fortschritt anzusehen ist, der allen Kindern das Recht auf Bildung sichert.

Gleichzeitig ist nicht abzustreiten, dass dem Sonderschulwesen auch und gerade im Bereich der Erziehungshilfe in den letzten Jahren verstärkt eine kompensatorische Funktion im Sinne eines Überdruckventils für ein überfordertes Regelschulsystem zu Lasten der betroffenen Schülerinnen und Schüler zukam, für die ein Wechsel oder klarer ein Abschieben an eine Sonderschule in der Regel etwas Beschämendes hat, da er das Gefühl verstärkt, versagt zu haben.

Darüber hinaus gibt es immer mehr junge Menschen, die einen für die Fachkräfte der Regelsysteme erkennbaren intensiveren Unterstützungsbedarf

„Behindert ist man nicht, behindert wird man.“

„Gleichzeitig entspricht es nicht der Lebenswirklichkeit, Behinderung nur als Nichtanpassungsleistung der Umwelt an die Funktionsbeeinträchtigung einer Person zu verstehen.“

haben, der aber für die zuständigen Behörden unterhalb der Schwelle eines individuellen Rechtsanspruchs liegt. Dies verstärkt den Druck in den Kindergärten und Schulen.

Kindertagesstätten und Schulen sind die Institutionen, in denen unsere Gesellschaft zum ersten und letzten Mal in ihrer Vielfalt zusammen kommt. Im Interesse eines nachhaltigen gesellschaftlichen Zusammenhalts ist zu wünschen, dass gerade Kindertagesstätten und Grundschulen fachlich, personell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, den Kindern Vielfalt und Unterschiedlichkeit als Normalität und Bereicherung erfahrbar werden zu lassen.

Die UN-Konvention favorisiert ein egalitäres, inklusives Schulsystem, aber sie schließt besondere pädagogische Maßnahmen in speziellen Institutionen nicht aus. In Art. 24 Abs. 2b ist lediglich niedergelegt, dass die Staaten behinderten Schülern den Zugang zu einer inklusiven, wohnortnahen Schule ermöglichen sollen. Der entsprechende englische Passus lautet: „Persons with disabilities can access an inclusive, quality and free primary education and secondary education on an equal basis with others in the communities in which they live.“ (Ellger-Rüttgadt, s.o.)

Der Bewährungsfall für alle Bildungsanstrengungen ist die Zeit nach der Schule. Qualität von Schule misst sich auch daran, ob junge behinderte Menschen in den Beruf kommen, Freunde und Partner finden, kurzum, ein gelingendes Leben führen werden.

Die Betriebe aber bildeten die letzten Jahre immer weniger behinderte Menschen aus. Auch Ausbildungen in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, die nicht gefördert werden, sind eher selten. Somit sind Menschen mit Förderbedarf momentan auf Spezialeinrichtungen angewiesen, damit Teilhabe an Arbeit möglich wird.

Insofern ist die Entwicklung einer „Schule für Alle“ zu begrüßen, wenn sie, wie der Deutsche Verein fordert „mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet ist, getragen von allseitigem Respekt und der Anerkennung des wertvollen Beitrags, den Menschen mit Behinderungen zum allgemeinen Wohl und zur Vielfalt ihrer Gemeinschaften leisten und jedem jungen Menschen das positive Erleben der eigenen Identität als unverwechselbare Persönlichkeit ermöglicht.“

Momentan ist das Regelschul- sowie Ausbildungssystem diesen inhaltlichen Herausforderungen der Inklusion nicht gewachsen.

„Die UN-Konvention favorisiert ein egalitäres, inklusives Schulsystem, aber sie schließt besondere pädagogische Maßnahmen in speziellen Institutionen nicht aus.“

Gesellschaftliche und politische Herausforderungen

Als gesellschaftliche Vision eines respektvollen Umgangs mit Unterschiedlichkeit erfasst Inklusion alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Mit Blick auf junge Menschen und ihre Familien ist daher zu fordern:

- Wir brauchen einen gesellschaftlichen Wertekonsens in Bezug auf das Recht auf Leben (PID, Pränataldiagnostik, Spätabtreibungen).

- Wir brauchen eine gute Familienpolitik auf den unterschiedlichen Ebenen.
- Wir brauchen frühe und ausreichende Hilfen für Familien in Krisen.
- Wir brauchen eine gute Bildungspolitik, die kein Kind außen vor lässt.
- Wir brauchen eine Kinder- und Jugendpolitik, die allen jungen Menschen Freiräume bietet, um das Erwachsenwerden auszuprobieren.

Die Haltung der Stiftung Liebenau

Wir teilen die Vision einer gerechten Gesellschaft, die allen Menschen von Anfang an in allen gesellschaftlichen Bereichen eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht.

Gemäß unserem Leitbild „In unserer Mitte – Der Mensch“ ist die stetige Ausdifferenzierung und sozialräumliche Ausrichtung von Hilfen sowie die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements Ausdruck unseres Bemühens um einen respektvollen Umgang mit Unterschiedlichkeit und ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

Wir nutzen beziehungsweise schaffen bei Bedarf Wohn-, Ausbildungs-, Arbeits-, Lern- und Freizeitorte und –formen, die die Normalität menschlicher Alltagsvollzüge mit dem notwendigen Maß an individueller Unterstützung zu verbinden suchen und beziehen wo immer sinnvoll und möglich bürgerliches Engagement ein.

Wir suchen pro-aktiv die Kooperation und bringen unsere Erfahrungen und unser Wissen in den Alltag der Regelsysteme ein.

Wir halten die Existenz von separaten Sondergebäuden für eine Erschwerung auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem und befürworten eine schrittweise bauliche Verbindung von Regel- und Sonderschulzweigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Sonderschulwesen zu einem nicht geringen Teil in privater Trägerschaft organisiert ist und damit andere Finanzierungsgrundlagen hat, als das öffentliche Schulwesen. Daher ist eine umgehende Beteiligung der privat geführten Sonderschulen an dem Veränderungsprozess notwendig.

Wir glauben, dass Begegnung Entwicklung ermöglicht und zu persönlicher Bereitschaft von Lehrkräften und Schülern führt, sich auf neue Erfahrungen einzulassen. So richtig es ist, der gesellschaftlichen Vision der Inklusion zu folgen, so wichtig ist es, den Veränderungsprozess nicht mit Druck und mit Zwang voranzubringen, sondern mit Ressourcen, Zeit und guten Beispielen.

Meckenbeuren, 13. Oktober 2011

Der Vorstand der Stiftung Liebenau

*„In unserer Mitte –
Der Mensch“*

Kontakt:
Stiftung Liebenau
Christoph Gräf
Siggenweilerstraße 11
D-88074 Meckenbeuren
Telefon: 07542 10-2400
E-Mail: christoph.graef@stiftung-liebenau.de
www.stiftung-liebenau.de